

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Lars Patrick Berg AfD**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration**

**Drogeneinfluss im Autoverkehr in den Kreisen  
Tuttlingen und Schwarzwald-Baar**

**Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Drogentote gab es 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 in Baden-Württemberg und in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar?
2. Wie viele Todesopfer gab es in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 im Straßenverkehr wegen Drogeneinflusses?
3. Wie viele Verkehrsunfälle gab es in den genannten Kreisen 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 insgesamt wegen Drogenkonsums am Steuer?
4. Welche Drogen gefährden die Sicherheit im Straßenverkehr am häufigsten?
5. Welche Mittel in den Kreisen Schwarzwald-Baar und Tuttlingen werden eingesetzt, um unter Drogen stehende Autofahrer ausfindig zu machen?
6. Wie vielen Personen wurde für wie lange 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 der Führerschein wegen Drogenkonsums entzogen?
7. Welche Maßnahmen ergreift sie, um die Zahl der unter Drogen stehenden Teilnehmer im Straßenverkehr zu senken?
8. Wird an den Schulen der Kreise Tuttlingen und Schwarzwald-Baar gezielt Aufklärungs- und Präventionsarbeit mit Blick auf das Autofahren geleistet?

9. Hält sie eine Verschärfung der Gesetzeslage für erforderlich?

10. Wenn ja, wie stellt sich dies konkret dar?

17.11.2016

Berg AfD

#### Begründung

Laut Berichtserstattung der Waiblinger Kreiszeitung vom 16. November 2016 gab es 2015 ca. 450 registrierte Fälle von Drogenbeeinflussung im Straßenverkehr im Gebiet der Polizeidirektion Aalen. Diese Kleine Anfrage soll die Situation in Tuttlingen und Schwarzwald-Baar beleuchten.

#### Antwort

Mit Schreiben vom 21. Dezember 2016 Nr. 3-1132.1-3/154/1 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Verkehr und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. Wie viele Drogentote gab es 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 in Baden-Württemberg und in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar?*

Zu 1.:

Im Jahr 2015 gab es insgesamt 142 Drogentote in Baden-Württemberg, davon drei im Landkreis Schwarzwald-Baar und keinen im Landkreis Tuttlingen.

Im laufenden Jahr bewegt sich die Anzahl der Drogentoten in den benannten Landkreisen auf gleichem Niveau. Landesweit ist hingegen ein deutlicher Anstieg zu erwarten. So sind im ersten Halbjahr 2016 bereits 92 Menschen infolge des Konsums von Rauschgift zu Tode gekommen. Dies bedeutet einen Anstieg um 30 Drogentote im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (62).

*2. Wie viele Todesopfer gab es in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 im Straßenverkehr wegen Drogenbeeinflussung?*

Zu 2.:

Im genannten Zeitraum gab es in beiden Landkreisen kein Todesopfer bei einem Verkehrsunfall unter Drogenbeeinflussung.

3. *Wie viele Verkehrsunfälle gab es in den genannten Kreisen 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 insgesamt wegen Drogenkonsums am Steuer?*

Zu 3.:

Die nachfolgende Tabelle stellt die Anzahl der Verkehrsunfälle, für die Drogenbeeinflussung unfallursächlich war, in den Kreisen Schwarzwald-Baar und Tuttlingen sowie im Land Baden-Württemberg für das Jahr 2015 und die ersten zehn Monate des Jahres 2016 dar.

	2015 (Januar bis Dezember)	2016 (Januar bis Oktober)
Baden-Württemberg	412	363
Landkreis: Schwarzwald-Baar	11	6
Landkreis: Tuttlingen	4	3

4. *Welche Drogen gefährden die Sicherheit im Straßenverkehr am häufigsten?*

Zu 4.:

Die nachfolgende Tabelle stellt die Anzahl der im Rahmen von polizeilichen Verkehrsüberwachungen festgestellten Drogenfahrten, unter Ausweisung der jeweiligen Drogenart, dar.

	2015 (Januar bis Dezember)	2016 (Januar bis Oktober)
Baden-Württemberg	<b>5.272</b>	<b>4.795</b>
Cannabis	3.828	3.493
Amphetamin	534	453
Kokain	221	224
Opiate	75	82
Sonstige Drogen	39	29
Mischkonsum	575	514
Landkreis: Schwarzwald-Baar	<b>102</b>	<b>114</b>
Cannabis	63	77
Amphetamin	29	25
Kokain	4	8
Opiate	3	0
Sonstige Drogen	3	4
Landkreis: Tuttlingen	<b>35</b>	<b>42</b>
Cannabis	21	33
Amphetamin	7	4
Kokain	1	0
Opiate	3	3
Sonstige Drogen	3	2

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Konsum von Cannabinoiden die häufigste Drogendelinquenz im Straßenverkehr darstellt.

*5. Welche Mittel in den Kreisen Schwarzwald-Baar und Tuttlingen werden eingesetzt, um unter Drogen stehende Autofahrer auffindig zu machen?*

Zu 5.:

Die Polizei setzt zur Erkennung drogenbeeinflusster Verkehrsteilnehmer in der Regel Drogenvortests mit dem Kontrollmedium Urin oder Speichel ein.

*6. Wie vielen Personen wurde für wie lange 2015 und in den ersten zehn Monaten 2016 der Führerschein wegen Drogenkonsums entzogen?*

Zu 6.:

Drogenfahrten nach § 24 a Abs. 2 Straßenverkehrsgesetz (StVG) stellen eine Ordnungswidrigkeit dar. Der bundeseinheitliche Tatbestandskatalog sieht dabei für den Erstverstoß ein Fahrverbot von einem Monat vor. Ein begleitender Fahrerlaubnisentzug aufgrund erwiesener Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen infolge des Drogenkonsums nach §§ 3 StVG i. V. m. 46 Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnis-Verordnung – FeV) obliegt den Fahrerlaubnisbehörden der Stadt- und Landkreise.

Drogenfahrten nach §§ 316 oder 315 c Strafgesetzbuch (StGB) haben strafrechtliche Relevanz. Dem strafprozessualen bzw. strafrechtlichen Entzug der Fahrerlaubnis gem. §§ 111 Strafprozessordnung (StPO) i. V. m. 69 StGB liegt eine gerichtliche Entscheidung zugrunde. Nach Rechtskraft des Urteils erlischt die Fahrerlaubnis gem. § 69 Abs. 3 StGB. Die Wiedererlangung, nach Beendigung der gerichtlich festgelegten Sperrfrist, liegt im Weiteren in der Entscheidung der Fahrerlaubnisbehörde.

Im Ergebnis folgt jeder festgestellten Drogenfahrt somit mindestens ein Fahrverbot. Eine Statistik über die Anzahl und Dauer von Führerscheinentzügen oder Fahrverboten wird jedoch nicht geführt.

*7. Welche Maßnahmen ergreift sie, um die Zahl der unter Drogen stehenden Teilnehmer im Straßenverkehr zu senken?*

Zu 7.:

Grundlage der polizeilichen Maßnahmen zur Senkung der unter Betäubungsmittel stehenden Verkehrsteilnehmer bildet die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei (VwV-VkSA) vom 29. Juni 2015, Az.: 3-1132.0/68.

In Ziff. 4.2 der VwV-VkSA ist als Überwachungsschwerpunkt „die Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugführern/-innen, beispielsweise die Bekämpfung von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ definiert. Mit der Weisung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration über die Neuausrichtung der Verkehrssicherheitsarbeit vom 31. Mai 2016, Az.: 3-1132.1-5/97, wurde der Bereich der Verkehrstüchtigkeit (Alkohol und Drogen) nochmals als Schwerpunkt polizeilicher Verkehrsüberwachungsmaßnahmen hervorgehoben.

Gemäß Ziff. 3.1 der VwV-VkSA ist darüber hinaus die „Verkehrsprävention elementarer Bestandteil der Verkehrssicherheitsarbeit und umso erfolgreicher und wirkungsvoller, je breiter der gesellschaftliche Konsens ist“. Die Verkehrssicherheitsaktion „GIB ACHT IM VERKEHR“ leistet dabei, in Kooperationen mit ihren Partnern, durch zahlreiche Präventionskampagnen einen wichtigen Beitrag. Im Speziellen ist hier die landesweite Kampagne „NO GAME“ zu nennen. Diese zielt darauf ab, bei jungen Fahrerinnen und Fahrern (18 bis 25 Jahre), neben den Themen Ablenkung, Sicherheitsgurt, Geschwindigkeit und Tuning, ein Gefahrenbewusstsein für Drogen im Straßenverkehr zu schaffen.

*8. Wird an den Schulen der Kreise Tuttlingen und Schwarzwald-Baar gezielt Aufklärungs- und Präventionsarbeit mit Blick auf das Autofahren geleistet?*

Zu 8.:

Das Vorhaben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Prävention als Leitthema in die künftigen Bildungspläne aufzunehmen, wird durch die Polizei des Landes Baden-Württemberg unterstützt. Hierzu erfolgte im Januar 2015 eine gemeinsame Erklärung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport und des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, in der die Pflichtthemen bzw. -aufgaben für das polizeiliche Präventionsangebot an den Schulen definiert wurden (Prävention auf dem Stundenplan). Zu den Pflichtthemen gehört, neben der Gewaltprävention und Angeboten zum Themenkomplex Mediengefahren, als dritte große Säule der Bereich Drogenprävention. Die hierfür erstellten Präventionsangebote können von den Schulen bei den Referaten Prävention aller regionalen Polizeipräsidien abgerufen werden.

In den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar besteht eine gute Vernetzung der polizeilichen Prävention zu den Fachstellen Sucht des baden-württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation sowie den Verkehrswachtern der beiden Landkreise. Im Aufgabenspektrum Verkehrsprävention steht auch im Polizeipräsidium Tuttlingen die Zielgruppe der jungen Fahrerinnen und Fahrer im Fokus der polizeilichen Präventionsbemühungen. Im Rahmen der Präventionskampagne „NO GAME“ werden hierzu regelmäßig Aktionstage an Berufsschulen, meist in Kooperation mit weiteren Präventionseinrichtungen, durchgeführt. Im Jahr 2015 wurden dabei für die Zielgruppen Junge Fahrer, Berufsschüler, Heranwachsende, Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren sowie der Sekundarstufe II in den beiden Landkreisen 76 Präventionsveranstaltungen mit 3.253 Teilnehmern angeboten. Im Jahr 2016 wurden bislang 77 Veranstaltungen mit 3.218 Teilnehmern durchgeführt.

Im Landkreis Tuttlingen wird zusätzlich seit mehreren Jahren ein Präventionsprojekt unter dem Label „PEERANJA“ für Junge Fahrer umgesetzt, das den sogenannten Peer-Ansatz verfolgt.

*9. Hält sie eine Verschärfung der Gesetzeslage für erforderlich?*

*10. Wenn ja, wie stellt sich dies konkret dar?*

Zu 9. und 10.:

Die Gesetzgebungs- bzw. Regelungskompetenz für das Straßenverkehrsgesetz und das Strafgesetzbuch sowie die Fahrerlaubnisverordnung liegt beim Bund. Dies gilt ebenso für das Betäubungsmittelgesetz (BtMG).

So hat der Bund das BtMG am 31. Mai 2016 erweitert und sechs weitere psychoaktive Substanzen (Phenylethylamin/Cathinon-Derivat und fünf synthetische Cannabinoide) unter Strafe gestellt. Die Landesregierung hält die bestehenden gesetzlichen Regelungen grundsätzlich für ausreichend.

Strobl

Minister für Inneres,  
Digitalisierung und Migration